



Wahlfaktor Atomenergie?!

Makaber und zugleich „politisch korrekt“: Im Zuge der kommenden Landtagswahlen pinnen sich viele Politiker zwischenzeitlich den „Atomkraft? – Nein danke!“ – Button an den Anzug. Doch wem sagt dieses Statement dauerhaft zu?

Die Katastrophe in Fukushima schockierte ganz Deutschland. Nicht umsonst wird den Deutschen von anderen die typische „German angst“ attestiert, wobei das englische „angst“ hierbei tatsächliche Existenzängste beschreibt. Diese übersteigerte Angst hatte seit den Terrorwarnungen im November/Dezember letzten Jahres geschlummert und erwachte am 11. März wieder, als das Erdbeben in Japan einen Tsunami und den GAU auslöste. Geigerzähler und Jodtabletten sind mittlerweile vielerorts ausverkauft.

Die Deutschen tätigen Hamsterkäufe, um sich vor Strahlung zu schützen, die nicht stärker ist als gewöhnlich messbar. Es ist somit nicht weiter verwunderlich, dass die Parteien im Landtagswahlkampf das Thema Atomkraft aufgreifen. Während die einen erneut ihren Unmut signalisieren und bekräftigen, dass Atommeiler abgeschaltet werden sollen, heucheln die anderen den Wählern Interesse an erneuerbaren Energien vor. Selbstverständlich ist allen Parteien unabhängig vom Bundesland eines klar: Mit dem Ausstieg aus Atomenergie lassen sich Wähler heranziehen.

Sachsen-Anhalt

Das Thema Atomenergie spielt in Sachsen-Anhalt eine eher untergeordnete Rolle. Während der große Nachbar Niedersachsen fünf Atomkraftwerke beherbergt, steht in Sachsen-Anhalt keines. Der Fokus lag im Wahlkampf eher auf Arbeit und Bildung. Es wurde erwartet, dass das Echo der Sachsen-Anhalter Wählerschaft nicht besonders groß sein würde, kämpft das Bundesland doch ohnehin mit einer niedrigen Wahlbeteiligung. Diese stieg immerhin leicht auf nun 50 Prozent. Und ein weiterer Effekt lässt sich am Wahlabend ebenfalls nicht leugnen: Die Grünen haben nach 13 Jahren erstmals wieder den Einzug ins Parlament in Sachsen-Anhalt geschafft.

Rheinland-Pfalz

In Rheinland-Pfalz schlägt sich die Atomkatastrophe bereits in den ersten Umfragewerten nieder. Laut einer ARD-Umfrage sind CDU und SPD hier gleich stark. Da die SPD jedoch um zwei Prozentpunkte verlor, geht man davon aus, dass an dieser Stelle keine Wähler durch die Atomdebatte herangezogen wurden. Die Grünen hingegen profitierten von der Diskussion um Atomenergie: Drei Prozentpunkte gewannen sie mit ihrem Einsteigen für den Ausstieg.

Baden-Württemberg

Für die Politiker im „Ländle“ ist die Lage prekärer als in irgendeinem anderen Bundesland: Stefan Mappus, der zuletzt noch die Verlängerung der Laufzeiten forderte, unterzog sich nun einem Sinneswandel. Der CDU-Politiker zieht die Notbremse, bevor seine Äußerungen bezüglich der Atomkraft weitreichendere Folgen haben könnten. Nicht alle dürften wissen, dass Mappus noch zuletzt mit Angela Merkel an einem Strang zog und die Laufzeiten um mindestens fünfzehn Jahre verlängern wollte.

Nun wurden sowohl das AKW Philippsburg, als auch das AKW Neckarwestheim vom Netz genommen, bevor die Bürger am 27. März den Gang zur Wahlurne antreten. Vorsichtsmaßnahmen, um den Machtverlust zu verhindern, die laut jüngster Umfragen wohl nicht fruchten werden. Zu groß war bereits durch „Stuttgart 21“ der Zuspruch, den die Grünen in der Bevölkerung fanden, zu groß die Sympathien, die dem SPD-Kandidaten Nils Schmid entgegen gebracht werden.

So kamen die Grünen in der „Sonntagsfrage“ auf 24 Prozent, die SPD auf 22 Prozent, womit sich eine rot-grüne Koalition bilden ließe. Beide Parteien plädierten ganz klar für einen Ausstieg aus der Atomenergie, der in einer ZDF-Umfrage von 46 Prozent aller Baden-Württemberger zum wichtigsten Thema erklärt wurde.

Welche Parteien letztendlich von der Atomdebatte profitieren, wird sich bei den kommenden Landtagswahlen



herausstellen. Eines ist jedoch schon jetzt klar: An der Glaubwürdigkeit einzelner Parteien hat die Katastrophe in Fukushima genagt. Andere hingegen erhalten nun den Lohn für jahrelanges Einsetzen gegen Atomkraft.

(Text: Ronja Heintzsch)